

André Brie

Europapolitische Herausforderungen der Linken und ihre Defizite

Im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik gibt es offenbar die größten Hindernisse für eine Zusammenarbeit von SPD, Grünen und Linkspartei. Die europapolitischen Konzepte spielen dabei eine zentrale Rolle. Wir haben Europapolitiker der drei Parteien gebeten, Vorschläge für eine Annäherung zu formulieren.

André Brie

(* (1950) war von 1999 bis 2009 in der Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken Mitglied des Europäischen Parlaments.

andre.brie@gmx.de



Mit dem Lissaboner Vertrag ist allenfalls die vertragsrechtliche Krise der Europäischen Union überwunden worden. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat, nicht nur im Fall Griechenland, die Unumkehrbarkeit der Integration in Frage gestellt. Sie war in den letzten zehn Jahren ohnehin nicht mehr garantiert durch die unbewältigten Konsequenzen einer beispiel- und prinzipienlosen (oder prinzipienwidrigen) geografischen Erweiterung ohne gesicherte weitere Integrationsperspektive und die qualitativ neue wirtschaftliche, soziale, politische und kulturelle Heterogenität der Union sowie zunehmenden politischen Widerstand vor allem aus Großbritannien, nun auch aus Polen oder der Tschechischen Republik, aber auch von linken und rechten politischen Kräften in den Gründungsstaaten. Zugleich ist die Akzeptanz der EU, einschließlich des demokratisch und direkt gewählten Europäischen Parlaments, auf einem Tiefstand. Grundsätzliche Probleme blieben auch mit dem Lissabon-Vertrag bewusst

ungelöst, und die dringend erforderliche Debatte über das Ziel der europäischen Integration wird nicht geführt. Die Unfähigkeit und Unwilligkeit, die aktuelle (geschichtlich offene) »Finalität« der europäischen Einigung zu definieren, ist spätestens seit dem Beitritt Großbritanniens eine ständige eigene Krisenquelle.

Natürlich, die gesamte Geschichte der europäischen Einigung seit ihren Anfängen in den 50er Jahren ist eine Geschichte von Krisen und ihrer Überwindung. Doch die heutige Situation ist anderer Natur, die Krise weitaus ernster und tiefer. Sie trägt einen strukturellen Charakter. Desintegration, Renationalisierung, die Rückentwicklung zu einer bloßen europäischen Freihandelszone sind trotz der weit fortgeschrittenen supranationalen Momente des bisherigen Integrationsprozesses keine Unmöglichkeit mehr.

Keine Integration ohne Sozialunion

Nach meiner Überzeugung ist die Bewahrung, Vertiefung und Weiterentwicklung der europäischen Einigung ohne eine starke soziale Perspektive (Sozialunion) der Integration unmöglich.

Hier sei nur auf einen Aspekt verwiesen: War das wirtschaftliche Gefälle in der EU 15 (gemessen am Kaufkraftstandard)

zwischen den am höchsten (Inner London) und den am niedrigsten entwickelten Regionen (zum Beispiel Mecklenburg-Vorpommern) 2 zu 1, so hat es sich bereits in der EU 25 auf 10 zu 1 verschärft (Inner London bzw. Lubelskie in Polen). Einige Regionen in Bulgarien und Rumänien liegen noch darunter. Neben den ohnehin großen europapolitischen Differenzen zwischen den Staaten und Regierungen tragen diese äußerst unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen zu den zentri-fugalen Tendenzen in der EU bei.

Die europäische Kohäsionspolitik ist zwar dem Ziel verpflichtet, diese Unterschiede zu verringern, doch angesichts der wettbewerbsradikalen Lissabonstrategie und der in ihrer Kontinuität bleibenden Strategie »Europa 2020« sowie des unzureichenden Finanzrahmens der EU wird sich die Kluft zwischen Arm und Reich weiter vergrößern. Die primäre Antwort der EU-Kommission und der Mitgliedsländer ist der Wettbewerb zwischen den Staaten, der Wettbewerb um niedrige Unternehmenssteuern (Zypern: 9,7%; Litauen: 12,8%, zum Vergleich: der EU-Durchschnitt beträgt 23,7%), der Wettbewerb um niedrige Löhne (gesetzlicher Mindestlohn z.B. in Rumänien: 72 Euro), der Wettbewerb um andere niedrige Kosten für die Unternehmen. Auf diese Weise wird Europa nicht geeint, sondern wirtschaftlich, steuerpolitisch und insbesondere sozial gegeneinander getrieben. Die permanente Drohung von Standortverlagerung wie auch die in Mittel- und Osteuropa vorhandene Massenarbeitslosigkeit verhindern, dass diese Länder ein höheres sozialstaatliches Niveau erreichen.

Die Linke und Europa

Die Linke hätte unter diesen Bedingungen eine unersetzbare europäische Verantwortung und Chance. Sozialstaats- und offensive Europapolitik könnten, meiner Mei-

nung nach: müssten, sich gegenseitig bedingen und ergänzen.

Auf der einen Seite allerdings sind diese Verantwortung und Chancen von den europäischen sozialdemokratischen und grünen Parteien, die 1999 die europäischen Regierungen dominierten, in der Vergangenheit nicht wahrgenommen worden. Im Gegenteil, mit dem Lissabonprozess 2000 wurden soziale und finanzmarktpolitische Deregulierung und ein Europa des staatlichen Standortwettbewerbs in das Zentrum der europäischen Politik gestellt.

Auf der anderen Seite besaß und besitzt die europäische Linke jenseits der Sozialdemokratie keine gemeinsame und keine positive europapolitische Position. Die deutsche Linkspartei ist in dieser Frage gespalten. Ihr Konsens beschränkt sich auf die Kritik der gegenwärtigen vertraglichen Grundlagen und Politik der EU. Nach der Ausgrenzung und dem Rückzug von Sylvia-Yvonne Kaufmann wird eine offensive proeuropäische Position praktisch nur noch von einigen ostdeutschen Landesverbänden getragen. Ansonsten reicht das Spektrum von allgemeiner, aber nicht konkretisierter und nicht aktiv vertretener Zustimmung zur europäischen Integration über ihre verbale Befürwortung, die jedoch durch eine nahezu uneingeschränkte Kritik fast aller europäischen Politiken kaum noch Substanz hat bis hin zu Renationalisierungssehnsüchten, die sich ausgerechnet auf Marx berufen und nicht einmal die sentimentale Diktion der deutschen Romantik scheuen. Die von Oskar Lafontaine noch vor einem Jahrzehnt vertretenen und offenkundig inzwischen aus unerklärten Gründen aufgegebenen leidenschaftlichen proeuropäischen Überzeugungen, die ja deutliche Kritik an der praktischen europäischen Politik einschlossen, haben gegenwärtig in der Partei Die Linke keine Basis.

Ironischerweise wird die Europapolitik damit zu einem der ernstesten Hindernisse für eine perspektivische rot-rot-grüne Zu-

sammenarbeit auf Bundesebene. Ironischerweise, weil Oskar Lafontaine noch nach seinem Rücktritt vom SPD-Vorsitz seine bundespolitische Ablehnung zuerst mit der Europapolitik der damaligen PDS begründete: Abgesehen davon, dass die PDS den Euro nicht prinzipiell ablehnte, sondern ihre Kampagne mit guten Gründen unter der differenzierenden Losung »Euro: so nicht!« führte, wird genau dieses Argument (neben den außen- und sicherheitspolitischen Positionen der Linken, die Lafontaine der PDS gleichermaßen vorwarf) auch heute von SPD und Grünen gegen eine solche Zusammenarbeit ins Feld geführt.

Vorausgesetzt, dass eine solche Koalition von den Wählerinnen und Wählern gewollt würde und sie auch die geistig-politischen Voraussetzungen in der Gesellschaft sowie in den beteiligten Parteien für eine wirklich alternative Sozial-, Wirtschafts-, Finanz- und Umweltpolitik vorfände (alles noch völlig unklar), könnte sie tatsächlich an Außen-, Sicherheits- und Europapolitik scheitern. Revisionsbedarf allein bei der Linkspartei zu sehen, wird die Lösung dieses Problems jedoch nicht ermöglichen. Ich kann mich nur auf prinzipielle Aspekte der Europapolitik beschränken (die Diskrepanz zwischen wahlprogrammatischen Aussagen der SPD und ihrer entgegengesetzten Praxis habe ich nicht nur in der Frage der sozial- und finanzpolitisch folgenschweren Europäischen Betriebsrentenrichtlinie hautnah erlebt).

Europa: Hindernis für eine Zusammenarbeit?

Klar ist, dass Die Linke ohne ein konstruktives, glaubwürdiges und verlässliches Bekenntnis zur europäischen Einigung und Integration einer solchen Zusammenarbeit ein unüberwindbares Hindernis errichtet oder sich vor ihren Mitgliedern und Wählerinnen und Wählern als Umfallerpartei

zeigte. Aus eigenem Interesse wird sie nach meiner Überzeugung jedoch ohnehin eben dieses aktive Verhältnis zur europäischen Einigung entwickeln und innerparteilich durchsetzen müssen. Zum anderen kann sie sich darauf stützen, dass es kein vereinigtes Europa geben wird, wenn es kein soziales Europa gibt. Die Linke wird, wie auf vielen anderen Gebieten, auf diesem aber mit besonderer Schärfe und besonders großen Problemen, zugleich lernen müssen, dass es keine europapolitischen Veränderungen geben wird im politischen und nationalen Alleingang, ohne sehr schwierige Kompromisse zwischen den sehr unterschiedlichen Mitgliedsländern und politischen Kräften in der EU. Das eigene Profil dabei zu bewahren, langfristige weiterreichende Ziele nicht aus dem Auge zu verlieren, stellt höchste Ansprüche an die Politikfähigkeit, Ehrlichkeit und Kultur der Partei (wie es SPD oder Grüne zum Teil erfolgreich, oft auch sehr negativ erfahren haben). Es wird nicht darum gehen, die Kritik an den Vertragsgrundlagen der EU, an ihrer marktdominierten Politik, an der aktuellen Gestalt der Wirtschafts- und Währungsunion und der europäischen Geldpolitik oder der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik aufzugeben. Kontraproduktive, illusionäre und rückwärtsgewandte Renationalisierungsträume und Vorstellungen nationaler Alleingänge müssen aber überwunden, eine europäische Einbindung der Bundesrepublik muss unterstützt und eine positive Haltung zur EU eingenommen werden. Ziel ist eine politische Union, eine weitere Integration, einschließlich der von Delors schon in den 80er Jahren geforderten Wirtschaftsregierung und Sozialunion, sowie eine tatsächliche Gemeinsame Europäische Außen- und Sicherheitspolitik.

Umgekehrt werden meiner Meinung nach aber der SPD ebenfalls nicht geringe Veränderungen und resozialdemokratische Korrekturen ihrer Europapolitik abverlangt werden. Die Europawahlprogramme von

SPD und Grünen bieten in vielen praktischen Fragen, vor allem in der europäischen Sozial-, Umwelt-, Verbraucherschutz-, Asyl- und Menschenrechtspolitik, durchaus einen großen Vorrat an Gemeinsamkeiten mit entsprechenden Forderungen der Linkspartei. So tritt die Sozialdemokratie ausdrücklich für einen Richtungswechsel ein und definiert als ihr Leitbild »ein starkes und soziales Europa«. Wenn sie anschließend jedoch feststellt: »Konservative und Liberale setzen auf ein Europa des Marktes. Wettbewerb und Liberalisierung sollen Vorrang vor politischer Gestaltung und sozialer Gerechtigkeit haben«, dann muss schon die Frage gestattet sein, wer, wenn nicht in Deutschland Rot-Grün, hatte denn die Verantwortung für den Lissabonprozess, der genau diesen Vorrang des Wettbewerbs (und zwar nicht eines Unternehmens-, sondern staatlichen Standortwettbewerbs) mit all seinen unsozialen Deregulierungs- und »Flexibilisierungs«schritten und den 40 Maßnahmen der EU-Kommission zur Deregulierung des europäischen Finanzmarktes bedeutete?! Und haben nicht SPD und Grüne die verfassungsrechtliche Festschreibung dieser Politik im

Verfassungs- wie im Lissabonvertrag in Kauf genommen?! Im darauf folgenden Satz attackiert die SPD die »Linkspopulisten in Deutschland«.

Die programmatische Orientierung der SPD auf ein soziales Europa ist begrüßenswert, sie bleibt selbst jedoch Populismus, reine Taktik oder ungesichert, solange es seitens der SPD (wie im übrigen der Grünen) faktisch keinerlei kritische Auseinandersetzung mit den bisherigen Positionen und der bisherigen europapolitischen Praxis und keine transparente Darstellung der Gründe für die so substantziellen Veränderungen gibt.

Wenn die sozialdemokratische Europapolitik von realistischen und realisierbaren Schritten zu einer europäischen Sozialunion (die die verschiedenen europäischen Sozialstaatsmodelle ergänzte, absicherte und förderte) bzw. zu einem »sozialen Europa« und dem dafür erforderlichen politischen Engagement tatsächlich bestimmt, und die Linkspartei ihre Renationalisierungsvorstellungen überwinden würde, sollte die Europapolitik jedenfalls kein unüberwindbares Hindernis für eine bundespolitische Zusammenarbeit sein.

Rebecca Harms

Grünes Licht für Europa

Europäisches Parlament ist treibende Kraft der Europadebatte

In der ersten Sitzungswoche nach der Sommerpause hielt der Präsident der EU-Kommission, José Manuel Barroso, eine »Ansprache zur Lage der Union« im Europäischen Parlament in Straßburg. Seiner Ansprache zu folgen war ein Erlebnis. Nicht nur deshalb, weil zum aller ersten Mal ein Präsident der EU-Kommission eine solche Grundsatzrede vor dem Parlament hielt, sondern vor allem, weil dieser Rede Mut fehlte.



Rebecca Harms

(*1956) ist Mitglied des Parteirats von Bündnis 90/Die Grünen. Seit 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments und seit 2009 Fraktionsvorsitzende der Grünen/EFA im Europäischen Parlament.

rebecca.harms@europarl.europa.eu

Barroso wagte nicht, eine wirkliche Bestandsaufnahme zu machen. Er wagte